



# Kommunal Newsletter DIE LINKE Oberhausen

Sonderausgabe  
April 2020

AKTUELLE INFORMATIONEN RUND UM DIE CORONA-KRISE

INHALT DIESER AUSGABE

## Solidarisch aus der Krise: Menschen vor Profite!

Die Corona-Pandemie ist nicht nur eine medizinische Krise, sie bedroht nicht nur Gesundheit und Leben vieler Menschen, sondern sie stellt die ganze Gesellschaft vor eine dramatische Belastungsprobe. Die Maßnahmen zur Verlangsamung der Coronainfektionen sind mit massiven Einschränkungen der Grundrechte verbunden. **Die Krise trifft die am härtesten, die wenig haben.** Viele Menschen erleiden drastische Einkommensverluste bis zum Totalausfall, in zahlreichen Branchen haben Unternehmen keine Aufträge mehr, es droht eine Wirtschaftskrise.

### Ein Gesundheitssystem an der Belastungsgrenze

Die Corona-Pandemie trifft auf ein Gesundheitssystem, das seit Jahren kaputtgespart wurde und wird. In Krankenhäusern herrschen zum Teil dramatische Zustände und es fehlen mehr als hunderttausend Pflegekräfte. Jetzt rächen sich die Privatisierungen und damit verbundenen Profitorientierung in Gesundheitswesen und Pflege. Die Bertelsmann Stiftung forderte noch im letzten Sommer in einer Studie die Hälfte aller Krankenhäuser zu schließen. Wenn sich das Corona-Virus zu schnell ausbreitet, kann das deutsche Gesundheitssystem überlastet werden. Deshalb müssen wir jetzt alles tun, um **das Gesundheitssystem dauerhaft krisenfest zu machen.** Wir fordern 500 Euro mehr Grundgehalt für alle in der Pflege als dauerhafte Sofortmaßnahme. Wir müssen **sofort in die Krankenhäuser investieren** und die in den vergangenen Jahren aufgelaufenen Investitionsstau von 30 Mrd. Euro beheben.

### Menschen vor Profite: Beschäftigte sind systemrelevant

Gleichzeitig müssen wir uns vor allem um die Menschen statt um die Profite kümmern. In ihrer Freizeit dürfen sich

die Menschen draußen nur zu zweit treffen, sonst kommt die Polizei. Für Beschäftigte am Arbeitsplatz gilt das nicht. In vielen Betrieben wird beengt weitergearbeitet. Zur und auf Arbeit darf man auch den vollen Bus oder Flugzeug nutzen.

Viele Menschen in systemrelevanten Berufen, Pflegekräfte, Kassierende und Fahrende arbeiten bis zum Umfallen und riskieren ihre Gesundheit, doch bezahlt werden sie seit eh und je mies. Es sind vor allem Frauen, die den Laden am Laufen halten. Applaus vom Balkon und Lob von der Kanzlerin sind schön und gut, aber diese Anerkennung von Bedeutung und Risiko dieser Berufe sollte sich auch in der Bezahlung ausdrücken. Während die Besitzer der großen Supermärkte und Discounter gerade Rekordgewinne einstreichen, sitzen die Kassierenden an der Kasse, machen Überstunden, sind einem hohen Ansteckungsrisiko ausgesetzt und bekommen kein Cent mehr. Kaum zu glauben ist: Es gibt nicht mal für Pflegekräfte und Ärzte genug Masken und Schutzkleidung. Und für die Bevölkerung erst recht nicht.

### Solidarität in Zeiten von Corona

Niemand darf in der Krise zurückgelassen werden. Wir müssen jene Menschen in unserer Gesellschaft absichern, die von **Verdienstauffällen** betroffen sind: Beschäftigte und Erwerbslose, Menschen die von Armutsrenten leben müssen sind oder Solo-Selbstständige und Kleingewerbe. Wie soll „zu Hause bleiben“, Ausgangsbeschränkungen und Abstandsgebote umsetzen werden, wenn man keine eigene Wohnung hat? Deshalb benötigen jetzt wohnungslose Menschen oder Geflüchtete in Sammelunterkünften besonderen Schutz.

Nur **gemeinsam und solidarisch** können wir diese Herausforderungen meistern.



### Solidarische Wege aus der Krise

Millionen Menschen kommen im Zuge der Corona-Krise in Nöte. Als Linke haben wir von dem Moment an, wo sich die Krise andeutete, Druck gemacht für grundlegende soziale Maßnahmen wie

Seite 2



### Corona-Katalog für Oberhausen

Wir stehen kritisch-solidarisch an der Seite der Oberhausener Stadtverwaltung, die in unserer Stadt Maßnahmen umsetzen muss. Wir halten es aber ebenso für unerlässlich, dass wir, als soziale Opposition, nicht in Schockstarre verfallen und eigene Forderungen aufstellen. Diese haben wir in einem Katalog gebündelt.

Seite 3

# Solidarische Wege aus der Krise

## Vom Überbrückungsgeld bis zur Entprivatisierungsstrategie

von Katja Kipping

Millionen Menschen kommen im Zuge der Corona-Krise in Nöte. Als Linke haben wir von dem Moment an, wo sich die Krise andeutete, Druck gemacht für grundlegende soziale Maßnahmen wie

- einen **Aufschlag von 500 Euro** und besserer Schutz für alle systemrelevanten Berufe, wie im Pflege- und Gesundheitsbereich;
- einen Aufschlag von 200 Euro pro Monat auf alle Sozialleistungen;
- die Erhöhung des **Kurzarbeitergeldes** auf 90 Prozent sowie
- ein **Pandemie-Überbrückungsgeld** für alle vor, deren Einkommen durch die Pandemie wegfallen. Dazu gehören u.a. Minijobende Studierende und Rentner\*innen, Azubis, deren Unternehmen auf Kurzarbeitergeld umstellen, Menschen mit Behinderungen, deren Werkstätten jetzt geschlossen werden, Kleinunternehmen, Freiberufler\*innen und Soloselbständige, deren Umsätze durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Virusausbreitung ausfallen oder stark zurückgehen.

Bisher blockieren leider die Regierungsfractionen, vor allem die CDU, diese wichtigen sozialen Maßnahmen. Doch unterhalb dieser Maßnahmen konnten wir so manche Verbesserung erkämpfen, wie die Aussetzung der Vermögensprüfung bei der Grundsicherung, wie ein befristeter Stopp von Stromsperren und Zwangsumzügen. Und wir haben die Sozialverbände erfolgreich darin unterstützt, dass die sozialen Dienste mit unter den Rettungsschirm kommen.



All das reicht uns nicht, aber wir verschweigen auch nicht die von uns mit erkämpften Verbesserungen.

So wichtig die akute soziale Abfederung ist, so wenig dürfen wir jedoch dabei stehenbleiben. Es geht jetzt auch darum, wie wir die Weichen stellen, um unsere Gesellschaft in Zukunft krisenfest zu machen. Und der Aufbruch in eine krisenfeste Gesellschaft beginnt mit folgender Erkenntnis: Der Markt lebt von Bedingungen, die er selbst nicht schaffen kann, wie Bildung, Infrastruktur, Sozialsysteme oder wissenschaftliche Innovationen.

Daraus folgt, dass wir das, was wirklich systemrelevant ist, nicht mehr dem Markt überlassen. Deshalb streiten wir für eine universelle Grundversorgung, die nicht auf Markt, Privat und Profit setzt, sondern sich am Gemeinwohl orientiert. Und wir müssen konkret die Eigentumsfrage stellen. Für privatisierte Krankenhäuser muss beispielsweise eine Entprivatisierungsstrategie entwickelt werden. Denn Privatisierung bedeutet, dass

Solidarität. Daran sollten wir bei den großen Weichenstellungen für eine krisenfeste Gesellschaft, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist, anknüpfen.

### ZUR PERSON

Katja Kipping, geboren am 18. Januar 1978 in Dresden, ist seit Juni 2012 Vorsitzende der Linken. Die Slawistin und Literaturwissenschaftlerin, seit 2005 Mitglied des Bundestages, führt die Partei gemeinsam mit dem Schwaben Bernd Riexinger.



Anfang April wurde bekannt, dass vier Geflüchtete in der Liricher Flüchtlingsunterkunft positiv auf das Corona-Virus getestet wurden. Derzeit befindet sich die gesamte Flüchtlingsunterkunft in Quarantäne.

## Corona-Krise: Schutz für Geflüchtete verstärken

Angesichts erster Corona-Fälle in Oberhausen fordert DIE LINKE einen Teil der Flüchtlinge dezentral in kleinere Unterkünfte zu verlegen. Vor allem die großen Aufnahmeeinrichtungen mit mehreren hundert Bewohnerinnen und Bewohnern sind nicht geeignet, ausreichenden Schutz zu gewährleisten.

Die Situation in Lirich, wo nun die ersten vier Menschen an Corona erkrankt sind, und die Einrichtung nun komplett unter Quarantäne steht, zeigt uns, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis weitere Sammelunterkünfte betroffen sind und es zu Todesfällen kommt.

Auch wenn die positiv getesteten Personen isoliert werden, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sich das Virus weiter ausbreitet. Es muss sichergestellt sein, dass alle Menschen in den Unterkünften umfassend über das Coronavirus und Schutzvorkehrungen informiert sind. Behördliche Termine, die nicht absolut notwendig sind, sollten verschoben werden, wo noch nicht geschehen.

Nirgendwo sonst kommen so viele Menschen täglich auf engstem Raum in Mehrbettzimmern, Küchen und Bädern zusammen. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass in allen Sanitärräumen und Küchen ausreichend Flüssigseife, Papierhandtücher, WC-Papier und Desinfektionsmittel zur Verfügung steht. Darüber hinaus sind Mittel zur Desinfektion der Hände auf den Fluren notwendig. Um zum Infektionsschutz ein häufigeres Wäschewaschen zu ermöglichen, sollten die Unterkünfte wo nötig mit zusätzlichen Waschmaschinen und Trocknern ausgestattet werden.

Schnelle und pragmatische Lösungen sind gefragt. Besonders wichtig ist eine Wohnsituation, in welcher der nötige Abstand gehalten werden kann. Hierzu sollte wie in anderen Städten kurzfristig über die Anmietung von geschlossenen Pensionen oder Hotels nachgedacht werden, um der Ausbreitung des Virus so schnell und effektiv wie möglich zu begegnen.

# Kommunaler Corona-Katalog

## Maßnahmen und Forderungen für Oberhausen

*Die Corona-Krise stellt die Menschen in Oberhausen vor völlig neue Herausforderungen. Die Eindämmung der Pandemie hat bereits tiefe Einschnitte in den Alltag der Menschen mit sich gebracht und es ist absehbar, dass sich die Umstände in der kommenden Zeit noch verschärfen können. Unter den Einschränkungen leiden besonders diejenigen, die finanziell oder gesundheitlich nicht in der Lage waren, Rücklagen zu bilden oder ihren Alltag flexibel umzugestalten. Die Corona-Krise ist damit auch in dramatischem Ausmaß eine soziale Krise und muss als solche auch bekämpft werden. Wir erleben die Auswirkungen der neoliberalen Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte, die die Gesundheitssysteme kaputtgespart, öffentliche Einrichtungen entmachtet und soziale sowie kulturelle Einrichtungen zerschlagen hat.*

Wir stehen kritisch-solidarisch an der Seite der Oberhausener Stadtverwaltung, die in unserer Stadt Maßnahmen umsetzen muss. Wir halten es aber ebenso für unerlässlich, dass wir, als soziale Opposition, nicht in Schockstarre verfallen und die Hände in den Schoß legen. Wir wollen zur Bewältigung der Corona-Krise beitragen, indem wir Lücken im städtischen Krisenmanagement aufzeigen und Lösungen zur Schließung dieser Lücken vorschlagen. Wir wollen auf die Situation derjenigen aufmerksam machen, die nicht die Kraft, Kapazität oder Reichweite haben, sich Gehör zu verschaffen. Wir machen es uns zur Aufgabe, darzulegen, dass verschiedene Maßnahmen auch ungewollte negative Konsequenzen für Suchtkranke, Depressive, Opfer von häuslicher Gewalt, Geringverdienende, Geflüchtete und vieler andere mit sich bringen können. Wir müssen die Fragen stellen, die vielleicht sonst niemand stellen kann oder will.

### #1 Oberhausen finanziell den Rücken stärken

Bereits vor der Krise war Oberhausen wie viele NRW-Kommunen bereits hoch verschuldet. Es ist absehbar, dass die Kosten der Corona-Krise eine starke Belastung sein werden, aktuell ist von mindestens 50 Millionen Euro die Rede.

Dass die Stärkungspakt-Kommunen in diesem Jahr nicht geprüft werden sollen, ist ein erster wichtiger Schritt. Ein Altschuldenfonds ist nötiger denn je. Bund und Land sind gefordert und müssen mindestens 75 Prozent der kommunalen Kassenkredite übernehmen.



Außerdem braucht es ein Finanzmoratorium. Die sofortige Einstellung aller Zinszahlungen der Kommune an die Banken würde unserer Stadt neue finanzielle Handlungsspielräume verschaffen. Die Banken haben bereits in den Jahren vor der Corona-Pandemie mehr als genug von der desaströsen Lage der öffentlichen Kassen profitiert. Spätestens jetzt muss radikal umgedacht werden, um diese finanzielle Herausforderung meistern zu können.

### #2 Die Oberhausener Tafel muss offenbleiben

Zwischenzeitlich hatte die Oberhausener Tafel wie viele Tafeln im gesamten Bundesgebiet auf Grund der Corona-Pandemie die Lebensmittelausgabe eingestellt. Nach eigenen Angaben werden von ihr wöchentlich ca. bis zu 2000 Personen mit dem Lebensnotwendigsten versorgt.

Für die Betroffenen, darunter viele Kinder und ältere Menschen, die existenziell auf die Unterstützung mit Lebensmitteln angewiesen sind, war das ein Schock. Frühzeitig forderten wir schnellstmögliche kreative Ersatzlösungen. Zum Glück haben sich diese gefunden, um den Ärmsten dieser Stadt eine Unterstützung zukommen zu lassen.



Damit die Tafel weiterhelfen kann, muss die Stadtverwaltung aber auch auf die berechtigten Forderungen der Tafel eingehen und die ehrenamtlichen Mitarbeiter\*innen, von denen viele selbst zur Risikogruppe gehören, mit Schutzmaßnahmen ausstatten.

### #3 Keine Stromsperrn

Seit vielen Jahren kritisieren wir das Abstellen der Stromanschlüsse bei Menschen, die in Zahlungsverzug geraten. In den allermeisten Fällen ist Armut der Betroffenen die Ursache für die sich anhäufenden Schulden.

Umso erfreulicher ist es, dass die EVO auf Nachfrage bestätigte, dass in der aktuellen Situation aufgrund der Corona-Pandemie keine Stromsperrn getätigt werden. Es ist eine wirklich gute Nachricht, dass die EVO in dieser Situation ihrer Verantwortung als Versorgungsunternehmen nachkommt. Natürlich hoffen wir, dass diese Regelung nun auch zukünftig gilt, damit Menschen nicht von der Grundversorgung abgeschnitten werden, was wir generell unzumutbar finden.



### #4 KITA-Gebühren zurückerstatten

Die Schließung der Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen in Oberhausen war wichtig, um zur Eindämmung der Virus-Verbreitung beizutragen.



Eine Forderung von uns lautete, für die Zeit der Schließung auf die Elternbeiträge zu verzichten beziehungsweise sie zurückzuzahlen. Für den April hat die Stadtverwaltung die Zahlung ausgesetzt. Fair wäre es gewesen, auch die Gebühren für den März anteilig zurückzuzahlen. Denn die Situation ist für viele Familien, die keinen Notbetreuungsort bekommen, eine enorme Belastung. In vielen Fällen kommt es auch zu Verdienstaussfällen.

### #5 Honorarkräfte und Minijobber\*innen mitdenken

Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie werden viele hart treffen. Die Absage von Messen, Festivals und Großveranstaltungen bringt viele insbesondere kleinere Unternehmen an den Rand der Insolvenz. Selbstständige, Kulturbetriebe, Arbeiter\*innen der Kreativwirtschaft, Messenbauer\*innen und Handwerker\*innen können in Folge der Pandemie in enorme wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen. Hier braucht es unbürokratische Hilfen und soziale Garantien. Vergessen wurden bei allen Hilfsangeboten die Honorarkräfte und Minijobber\*innen, die durch die bisherigen Hilfsangebote keine Unterstützung finden, da ihnen z. B. kein Kurzarbeitsgeld zusteht.

Unsere Forderung an die Stadt lautet: Ausfallhonorare zahlen und Zusagen für spätere Honorarverträge und Anstellungen geben, das ist Teil der sozialen Fürsorgepflicht, damit die Betroffenen in den nächsten Monaten abgesichert sind. Generell muss es schnellstmöglich eine Lösung geben, um finanzielle Notsituationen zu vermeiden.

### #6 Sonntagsarbeit löst keine Probleme

Die Versorgung mit Lebensmitteln gehört ohne Frage zu den wichtigsten gesellschaftlichen Notwendigkeiten. Aber zuletzt hat es den Eindruck, als würde die Pandemie genutzt, um das Verbot der Sonntagsarbeit weiter auszuhebeln. Das ist entschieden abzulehnen. Stattdessen sollte die Arbeit der Beschäftigten im Einzelhandel, insbesondere der Verkäufer\*innen, spätestens jetzt mehr wertgeschätzt werden. Denn sie sind es, die einen entscheidenden Beitrag zur Versorgung leisten.

Wertschätzung bedeutet, die Läden sonntags geschlossen zu lassen, damit die Beschäftigten sich erholen können. Außerdem müssen die Arbeits- und Hygienemaßnahmen deutlich und dauerhaft verbessert werden. Sowohl jetzt, als auch dauerhaft in der Zeit nach der Pandemie. Gleiches gilt für die Bezahlung. Lob und Dank praktisch werden zu lassen, bedeutet Erhöhung der Löhne und längere Pausenzeiten statt Sonntagsarbeit.

# Erfolg! Epidemie-Gesetz NRW wird ohne Zwangsverpflichtung von Ärzten beschlossen!

Nachdem der umstrittene Entwurf für ein Epidemie-Gesetz entschärft wurde, soll dieses am 14.04.2020 vom Landtag verabschiedet werden. Zur Erinnerung: Die schwarz-gelbe Landesregierung NRW unter Armin Laschet (CDU) hatte ein Epidemie-Gesetz vorgelegt, das es in sich hatte. Zu den wichtigsten Kritikpunkten zählten:

1. Das vorgelegte Gesetz sollte die Landesregierung ermöglichen, medizinisches Personal, also Ärzte, Krankenpfleger\*innen, Rettungsanwiter\*innen, zur Arbeit zu verpflichten. Statt das Gesundheitspersonal also endlich ordentlich zu bezahlen und für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen, wird auf Zwang gesetzt. Es handelt sich um einen verfassungswidrigen Eingriff in die Berufsfreiheit, zumal Arbeitszwang nach Art. 12 Abs. 2 Grundgesetz verboten ist.

2. Ob medizinisches Personal zur Arbeit verpflichtet wird, sollte nicht das Parlament - also der Landtag - entscheiden, sondern allein die Landesregierung. So viel Macht für die Landesregierung ist abzulehnen!

3. Das Epidemie-Gesetz wäre ein Notstandsgesetz geworden. Aber es gilt nicht nur für den Krisenfall, sondern sollte in weiten Teilen dauerhaft gelten.

Im Ergebnis musste der Gesetzentwurf als verfassungswidrig eingestuft werden, weil er Grundrechte verletzt. Er hätte der Exekutive zu viel Macht gegeben. Wir hätten nicht nur eine Corona-Krise, sondern dann auch eine echte Demokratiekrise.

Nicht nur DIE LINKE lehnte den Gesetzesentwurf ab, auch namhafte Verfassungsrechtler\*innen wehrten sich gegen die Grundrechtseinschränkungen. Unser Bundestagsabgeordneter Niema Movassat hat daraufhin eine Petition gestartet, um die Landesregierung aufzufordern, den Entwurf grundlegend zu überarbeiten und die oben genannten Punkte zu ändern!



Hinzu kam unser außerparlamentarischer Protest am Montag in Form einer Mahnwache vor dem Landtag, an dem sich medizinisches Personal in Berufskleidung demonstrativ beteiligte. **Mit Erfolg: Der Passus, mit dem Schwarz-Gelb medizinisches und pflegerisches Personal zur Arbeit zwingen wollte, ist nun gestrichen.**



Niema Movassat freut sich über den Erfolg des außerparlamentarischen Drucks auf die Landesregierung.

## FAST FACTS

Erfolgreiche Petition gegen das Epidemie-Gesetz:

**12.844**  
Unterschriften in nur 7 Tage

## Kritik an Bundeswehr im städtischen Krisenstab

Im städtischen Krisenstab zur Bekämpfung des Corona-Virus ist auch die Bundeswehr vertreten. Dies sorgt natürlich für Irritationen. Und so wollten wir im Hauptausschuss wissen, welche Aufgabenbereiche die Bundeswehr in Oberhausen innehat. Antworten bleibt die Stadtspitze aber schuldig und ließ sie unbeantwortet.

Auch eine Krisenzeit bedeutet nicht, dass demokratische Grundregeln außer Acht gelassen werden dürfen. Wir wollen wissen, wie es dazu gekommen ist, dass die Bundeswehr in einem zivilen Krisenstab der Stadtspitze sitzt und was die Stadtspitze sich konkret davon verspricht.

Es ist sowohl unser Recht das zu erfahren, als auch das Recht der Öffentlichkeit. Kritische Nachfragen zu stellen ist Teil unserer Ratsarbeit als Opposition. Das betrifft in diesem Fall insbesondere friedenspolitische Belange. Denn es ist glücklicherweise keineswegs alltäglich, dass die Bundeswehr im Inland eingesetzt wird und darf es auch nie sein.

Im Gegenteil: Katastrophenschutz muss zivil sein. Statt Milliarden in Rüstung und Auslandseinsätze zu stecken, müssen Gesundheitsversorgung und zivile Hilfsorganisationen ausgebaut werden. Das ist mehr als deutlich geworden in den letzten Wochen.



### Impressum:

Der Kommunal-Newsletter wird herausgegeben von der Partei DIE LINKE. Kreisverband Oberhausen in Zusammenarbeit mit der Fraktion DIE LINKE.LISTE im Rat der Stadt Oberhausen und dem Oberhausener Bundestagsabgeordneten Niema Movassat.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Wenn Sie den Newsletter regelmäßig beziehen wollen, schreiben Sie uns seine Nachricht.

Kontakt:  
DIE LINKE. Oberhausen  
V.i.S.d.P.: Martin Goeke  
Elsässer Straße 19  
46045 Oberhausen  
info@dielinke-oberhausen.de  
www.dielinke-oberhausen.de